

Analyse

Auf der Suche nach der Tulpenrevolution. Kirgistan im Herbst 2008

Von Alexander Wolters, Frankfurt/O.

Zusammenfassung

Kirgistan steckt nach Einschätzung internationaler Beobachter in einer tiefen Krise. Angesichts steigender Lebensmittelpreise und knapper Energie steigt der Frust in der Öffentlichkeit, während innerhalb des Herrschaftsapparats mit immer härteren Bandagen um Macht, Einfluss und Ressourcen gekämpft wird. Dem Präsidenten ist es bisher nicht gelungen, ein System zur Austarierung der Spannungen in der Elite zu etablieren. Die Opposition ist derweil damit beschäftigt, einen Weg aus jener Sackgasse zu finden, in welche sie sich vor nicht allzu langer Zeit selbst hineinmanövriert hat. Die Lokalwahlen im Oktober zeigten deutlich, wie schwach ihr Einfluss ist und wie angeschlagen ihre Reputation. Insgesamt sind dies alles Symptome von Instabilität, die es fraglich erscheinen lassen, dass das Regime auf die Krise angemessen reagieren wird, aber auch, dass die Opposition hier eine Alternative bietet.

Kirgistan war als Schauplatz der »Tulpenrevolution« vor dreieinhalb Jahren ein Ort der politischen Aktivität, der Aufbruchstimmung und des Querdenkens. Heute stellt sich die Situation ganz anders dar. Präsident Bakijew scheint gestützt auf eine sichere Parlamentsmehrheit zu regieren, ohne dass oppositionelle Kräfte in der Lage wären, die von noch gestiegenen sozio-ökonomischen Problemen gebeutelte Bevölkerung gegen das Regime zu aktivieren. Wie die folgende Analyse zeigt, darf dies aber nicht als Zeichen politischer Stabilität interpretiert werden.

Zur Erinnerung: Im März 2005 war es der Opposition in Kirgistan in Reaktion auf Fälschungen der Ergebnisse der Parlamentswahlen gelungen, landesweite Proteste zu organisieren. Diese gipfelten im Sturm auf das Weiße Haus, den Regierungssitz, und führten zur Vertreibung des damaligen Präsidenten Askar Akajew aus dem Amt und dem Land. Zu seinem Nachfolger wurde im Sommer 2005 Kurmanbek Bakijew gewählt, der die Ziele der Tulpenrevolution permanent beschwore ohne den Worten entsprechende Taten folgen zu lassen. Die versprochene Verfassungsreform wurde verschleppt und der Kampf gegen die ausufernde Korruption rein kosmetisch geführt. Als Reaktion darauf formierte sich im Frühjahr 2006 eine neue Protestbewegung mit dem bezeichnenden Namen »Für Reformen«, die mit ihren Aktionen das politische Leben der Republik mehrere Monate lang dominierte und die neue Verfassung vom November 2006 als ihren Erfolg verbuchen konnte. Doch gelang es dem Regime Bakijews danach – durch Repression wie Kooptation – diese Opposition zurückzudrängen und den Reformprozess wieder umzukehren. Ein Verfassungsreferendum im

Frühherbst 2007 ebnete schließlich den Weg für Neuwahlen zum Parlament, die die neu gegründete Partei des Präsidenten, »Ak-Schol« (Heller Weg), nach wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung umstrittenen Ergebnissen haushoch gewann (71 von 90 Sitzen). Die radikale Opposition, inzwischen reduziert auf die Partei Ata-Meken (Vaterland), blieb anders als die moderat-kritischen Sozialdemokraten (11 Sitze) und die mitlaufenden Kommunisten (8 Sitze) aus dem Schogorku Kenesch, dem kirgisischen Parlament, ausgeschlossen. Offizielle Ergebnisse wurden allerdings bis heute nicht veröffentlicht.

Seitdem ist es in Kirgistan ruhig. Das fast schon traditionelle bunte politische Treiben im Frühjahr und Herbst ist 2008 zum Erliegen gekommen. Im Folgenden wird nach Schein und Wirklichkeit dieser neuen Ruhe und den Chancen für politische Reformen in Kirgistan gefragt.

Geeinte Zentralmacht oder interner Unruheherd?

Grundlage des Regimes Bakijews seit den Wahlen im Dezember 2007 ist die Beherrschung der staatlichen Exekutivstrukturen und des Parlaments auf formaler Ebene. Die komfortable Mehrheit von Ak-Schol und der Ausschluss führender Oppositionspolitiker wie Omurbek Tekebjaw und Temir Sarıjew ermöglicht blockadefreies Regieren. Die Präsidialadministration unter Leitung von Medet Sadyrkulow scheint alleiniges Zentrum der Macht zu sein, dessen Gesetzesvorhaben vom Parlament folgsam durchgewinkt werden.

Auf informaler Ebene lassen sich zwischen Administration und Machtpartei aber Spannungen beobachten, die die zukünftige Regimestabilität in Frage stellen.

So scheint Bakijew das Eigenleben von Ak-Schol, im Herbst 2007 noch als »Volkspartei« aller opportunistischen Kräfte zu seiner Unterstützung aufgebaut, mit ihren Forderungen nach Aufmerksamkeit und materieller Unterstützung zunehmend zu fürchten und sich daher wieder verstärkt dem administrativen Zweig seines Herrschaftsapparates zuzuwenden. Entsprechend unterliegen ambitionierte Parteipolitiker bei internen Auseinandersetzungen den Vertretern der Präsidialverwaltung, wie der Rücktritt Adachan Madumarows vom Posten des Parlamentssprechers Ende Mai zeigte. Noch deutlicher wird der strukturelle Gegensatz zwischen Partei und Administration auf lokaler Ebene. Mitglieder der örtlichen Parteizellen sind enttäuscht von der mangelnden Aufmerksamkeit von oben. Es sind erneut die Akime, die Vertreter der Exekutive auf regionaler und lokaler Ebene, die Direktiven aus der Zentrale umsetzen und zunehmend die Besetzung von Positionen in staatlichen Agenturen kontrollieren. Anders als seine Kollegen in Kasachstan und Russland mit ihren Parteien Nur-Otan und Jedinaja Rossija hat Bakijew es nicht geschafft, durch intelligente Steuerung von Präsidentenpartei und Exekutive einen Mechanismus einzurichten, der in der Lage wäre, Spannungen im Inneren der Macht abzufedern.

Sein Fehlen fördert auch den zweiten Riss in der regierenden Elite. Er verläuft zwischen alten und neuen Mitgliedern des Regimes. Seit der Gründung von Ak-Schol wurden die alten Weggefährten aus den heißen Tagen 2006 durch Aufsteiger aus dem bürokratischen Apparat ausgetauscht. Beispiel ist Premierminister Igor Tschudinow, der wie seine Stellvertreter Iskenderbek Ajdaralijew und Elmira Ibraimowa als loyaler Kader des Präsidenten gilt und keine eigene Hausmacht besitzt. In der Parlamentsfraktion von Ak-Schol sind viele Newcomer, Politiker der dritten Reihe sowie ehemalige Mitglieder staatlicher Agenturen, besonders frühere Mitarbeiter der Präsidialadministration, die auch heute noch jede Maßnahme des Weißen Hauses durchwinken ohne sie zu hinterfragen. Präsident Bakijew ist auf diese Gefolgsleute, die sich widerspruchslös ein- und wieder absetzen lassen, angewiesen, denn nur so lassen sich per Kooptation auf schnell verfügbare Posten Kritiker ruhig stellen. Die Altgedienten drängen aber darauf, mit langfristigen Ämterpräferten ausgestattet zu werden. Diese Spannungen sind auch Teil des Verteilungskampfes, der sich zwischen einer Gruppe um Medet Sadyrkulow und Maksim Bakijew, dem Sohn des Präsidenten, und einer zweiten um Schanysch Bakijew, einem Bruder des Präsidenten, abspielt. Die jeweiligen Sieger bleiben dem äußersten Betrachter verborgen.

Fakt ist, dass das System Bakijew bei äußerer Stabilität nach innen Unruhe erzeugt. Neben dem Kampf um Einfluss auf die Staatsspitze wird auf lange Sicht das Unvermögen des Regimes entscheidend sein, Strukturen zur Befriedigung unterschiedlicher Machtansprüche wie der von Partei und Exekutive aufzubauen. Welche Rolle könnte die Opposition in dieser Situation spielen?

Konstruktive Opposition oder kooptierte Mitläuferschaft?

Drei Jahre nach der Tulpenrevolution hat die Opposition das Vertrauen der Öffentlichkeit verspielt. Späteren ihr Kotau vor dem Regime bei der Annahme der sogenannten Dezemberverfassung 2006 schädigte ihr Ansehen schwer. Inzwischen lassen öffentliche Frustration und Indifferenz die Opposition nur noch als Teil eines Postenschachters erscheinen, nicht mehr als legitime Vertretung konkurrierender gesellschaftlicher Ansprüche auf Macht.

Verschiedene Parteien und Bewegungen bemühen sich, dieses Dilemma zu überwinden. Der Übersicht halber sei hier zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition unterschieden. Die Kommunisten unter Leitung des alten Bakijew-Vertrauten Is'chak Masalijew sind im Parlament ohne Bedeutung, während die Fraktion der Sozialdemokraten (SDPK) nur bedingt als Opposition bezeichnet werden kann. Unter dem Vorsitz des ehemaligen Vizepräsidenten der Amerikanischen Universität, Bakyt Beschimow, äußern die SDPKler durchaus Kritik an einzelnen Regierungsinitiativen, beispielsweise den aktuellen Plänen zur Privatisierung der Energiewirtschaft. Grundlegende Kritik am System bleibt jedoch aus. Mit schwerreichen Unternehmen in den eigenen Reihen (Abgeordnete Osmonbek Artykbajew, Murat Dschurajew) überwiegt in der Fraktion die Sorge vor negativen Konsequenzen für die Geschäfte der eigenen Mitglieder über offen geäußerte Kritik.

Anders jene Parteien, die außerhalb des Parlaments aktiv sind, wie die Sozialistische Partei »Ata-Meken« (»Vaterland«), die mit ihrem Chef Omurbek Tekebajew den schärfsten Widersacher Bakijews stellt. Ihre Anhänger arbeiten seit einiger Zeit wieder an einem neuen Verfassungsentwurf und sind nach Meinung vieler Kommentatoren der letzte Rest echter Parteiopposition. Andere Parteien, zum Beispiel die Grünen unter Erkin Bulekbajew oder Temir Sarijews liberale Partei »Ak-Schumkar« (Weißer Falke), erreichen selten die öffentliche Resonanz der Sozialisten. Das Problem von Ata-Meken indes ist ein eklatanter Mangel an Ressourcen. Es gelang der Partei zwar, bei den vergangenen

Lokalwahlen für ihre Kandidaten in Bischkek einen gemeinsamen Wahlkampf zu organisieren. Im übrigen Land blieb sie aber aus Geldmangel gesichtslos. Um dieses Finanzproblem zu beheben, entschlossen sich die Sozialisten jüngst zu engerer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten unter Führung Almasbek Atambajews. Dieser Schritt ist nicht ganz ohne Risiko, droht doch das negative öffentliche Image der SDPK als Versammlung von Opportunisten auch der Reputation der Tekebjew-Leute zu schaden. Er ist auch Folge und Ausdruck der Ergebnislosigkeit bisheriger Versuche zur Einigung der Opposition.

Deren größter Erfolg war bislang die Gründung einer Oppositionsbewegung mit der Bezeichnung »Für Gerechtigkeit« im Januar 2008. Als Antwort auf die Wahlmanipulationen im Dezember 2007 schuf sie im Februar das »Öffentliche Parlament«, von manchen Beobachtern auch Schattenparlament genannt. Doch weder »Öffentliches Parlament« noch »Für Gerechtigkeit« konnten bisher auf das politische Leben in Kirgistan Einfluss nehmen. Auch gemeinsame Auftritte von NGOs und politischen Parteien wie noch zu Zeiten der Bewegung »Für Reformen« sind eher selten geworden. Etablierten NGOs wie »Interbilim« oder die »Koalition« kümmern sich – trotz Teilnahme an den Sitzungen des »Öffentlichen Parlaments« – mehrheitlich um Wahlbeobachtung und Monitoring, während einzelne Aktivisten wie Maksim Kuleschow Aktionen des zivilen Ungehorsams, z. B. regelmäßige Streikposten vor dem Weißen Haus, organisieren. Sie stoßen damit aber bei den Parteien kaum auf Resonanz.

Ein weiteres Problem für Parteien wie NGOs sind die verschärften Bedingungen für öffentliche politische Tätigkeit. So schränkt eine Verordnung zur Neuregelung des Demonstrationsrechts in Bischkek seit Dezember letzten Jahres Proteste und Demonstrationen auf lediglich drei Plätze in der Hauptstadt ein. Oppositionelle Zeitungen wie Alibi und De-Fakto sehen sich, wie zu Zeiten Akajews, Verleumdungsklagen ausgesetzt. Der NGO-Sektor ist mit restriktiven Gesetzesinitiativen konfrontiert, wie jener zur Einrichtung einer »Zivilgesellschaftlichen Kammer«. Dort sollen, ganz nach russischem Vorbild, ausgewählte Vertreter der Zivilgesellschaft die Aufsicht über die Einhaltung von Verfassungsgrundsätzen übernehmen. All diese Verbote mindern natürlich die Chancen, oppositionelle Forderungen in der Öffentlichkeit zu lancieren.

Macht versus Opposition? Die Lokalwahlen vom Oktober und ihre Folgen

Am 5. Oktober 2008 wurden die insgesamt 7643 Vertreter für die Parlamente auf lokaler und Kreis

(Raion)-Ebene neu gewählt. Mehr als 15 000 Kandidaten hatten sich nominieren lassen, in Bischkek kamen auf ein Mandat mehr als zehn Bewerber.

Den Wahlen vorausgegangen war der skandalumwitterte Rücktritt der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Klara Kabilowa, die sich gezwungen gesehen hatte, nach Moskau ins Exil zu gehen. Von dort beschuldigte sie per Videobotschaft Maksim Bakijew und Medet Sadyrkulow der Einschüchterung und wiederholter Versuche, die Organisation der Wahlen zu beeinflussen. Das Bekanntwerden solcher Missstände ließ die Spannung vor den Wahlen steigen. Ihre Bedeutung wurde ohnehin kontrovers diskutiert, nachdem mit dem im Mai dieses Jahres verabschiedeten Gesetz über die lokale Selbstverwaltung der Dezentralisierungsprozess der Vorjahre umgekehrt worden war. Nun werden Gemeindevorsteher und Bürgermeister, die eine mindestens zweijährige Tätigkeit in staatlichen Institutionen nachweisen müssen, per Konsultationsverfahren vom Staat nominiert, den Lokalräten bleibt nur noch ihre Bestätigung. Zuvor waren diese Ämter durch Direktwahl der Bevölkerung besetzt worden und Kandidaten konnten unabhängig von ihrer Berufserfahrung nominiert werden. Ausgleichenden Machtzuwachs für die lokale Ebene bringt das neue Gesetz nur bedingt.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Wahl des Stadtrates von Bischkek, häufig auch »Zweites Parlament« genannt. Ata-Meken trat mit einheitlichem Programm und Parteifarben an, die Grünen zeichneten sich durch kreative Wahlwerbung aus, andere Parteien traten kaum in Erscheinung. Auch Ak-Schol fehlte, nachdem Präsident Bakijew Mitte September den Mitgliedern in einer Rede empfohlen hatte, auf eine Parteinominierung zu verzichten und stattdessen per Eigennominierung anzutreten. Auch deshalb hatte sich die Masse der Kandidaten in der Hauptstadt mit Hilfe von Eigenernennungen für die Wahl aufgestellt.

In der Provinz hatte Bakijews Rede für Verwirrung und Ärger gesorgt, da in vielen Bezirken bereits erfolgte Ak-Schol-Nominierungen zurückgezogen werden mussten, was die Partei zudem weiter diskreditierte. Wenige Kandidaten und kaum Präsenz geordneter Opposition ließen die Verantwortlichen der provinziellen Exekutiven um eine ausreichende Wahlbeteiligung bangen, sie konzentrierten ihre Anstrengungen ganz auf die Produktion eines angemessenen »turnouts« von mehr als 50 %. Auslöser war allein die Angst vor dem Eindruck einer schlechten Wahlperformance; der Wahlkodex schreibt bei Lokalwahlen eine Mindestbeteiligung nicht zwingend vor.

Wie angesichts solcher Umstände nicht anders zu erwarten, meldeten lokale Wahlbeobachter wie

das »Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen« Manipulationen auf allen Ebenen. Dem entsprach auch das Ergebnis: In Bischkek konstituierte sich ein der Staatsmacht genehmer Stadtrat, in den nicht ein einziger Vertreter der Opposition einzog, hingegen völlig unbekannte Figuren – wie zum Beispiel als jüngste Abgeordnete eine 21-jährige Studentin. Die Opposition in Gestalt des »Öffentlichen Parlaments« sah sich zum wiederholten Male betrogen und verurteilte erwartungsgemäß am 9. Oktober die Lokalwahlen wegen massiven Wahlbetrugs als illegitim.

Als weiteres Symptom der Auseinandersetzung konkurrierender Elitengruppen trat Ende Oktober der Sekretär des Sicherheitsrats, Ismail Isakow, zurück. Er verurteilte die Wahlmanipulationen und machte in seiner Funktion als Generalsekretär der Partei Schany Kirgistan (Neues Kirgistan) die Regierung dafür verantwortlich. Diese Partei, der ehemalige Vertraute des Präsidenten wie Usen Sydkow und Marat Kajypow angehören, fordert nun den Rücktritt der Regierung und eine neue Kaderpolitik. Auf der anderen Seite haben oppositionelle Parteien, Vertreter der Zivilgesellschaft und kritische Presseorgane jüngst ein Memorandum unterschrieben, in dem sie ihre Reformziele konkretisieren und Aktionen für die Zukunft planen. Hier wird der Versuch eines erneuten Schulterschlusses zwischen Atambajew und Tekebjajew, zwischen der ressourcenreichen SDPK und der aktiven Ata-Meken, deutlich.

All diese Entwicklungen im Inneren des politischen Systems vollziehen sich vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Energie- und Lebensmittelkrise. Der Pegel des Toktogul-Stausees, dem Energiespeicher der Nation, ist trotz häufiger Stromabschaltungen nicht wieder auf Vorjahresniveau und die Preise für Lebensmittel steigen bei niedriger landwirtschaftlicher Produktion weiter. Ob und welche Folgen die globale Finanzkrise für Kirgistan hat, ist bisher noch nicht abzusehen. Aber auch ohne straubelnden Kreditmarkt sieht die Zukunft der kirgisischen Wirtschaft ungünstig aus. Zwar liegt

das Wachstum noch bei über sieben Prozent, aber die Prognosen für 2009 sehen einen Abfall dieses Wertes, auch ohne Berücksichtigung der durch die unkoordinierte Wirtschafts- und Energiepolitik verursachten Produktionsausfälle, voraus.

Die Politik des Kabinetts unter Premier Tschudinow verspricht wenig Besserung in der Zukunft. Die Reformen im Energiesektor beschränken sich auf Notfallmaßnahmen wie die Idee einer kompletten Schließung aller Bildungsanstalten des Landes im Winter für zwei Monate. Entsprechend sinken die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine Abwendung der Energiekrise, während gleichzeitig die Erwartungen an eine weitere Kabinettsbildung als präsidiale Antwort auf die Herausforderung steigen.

Fazit

Das Regime um Bakijew weist mehr als drei Jahre nach der Tulpenrevolution bei aller institutionellen Machtfülle real deutliche Symptome von Instabilität auf. Durch die geschwächte Opposition von außen kaum belastet, bauen sich im Inneren des Herrschaftsapparats Spannungen auf. Das Regime versucht ihnen durch Kaderrotation und neue Strukturen wie Ak-Schol zu begegnen. Doch entspannt das die Situation nur kurzfristig und ohne die Widersprüche im System aufzulösen, trägt also letztlich zur Reproduktion der Instabilität bei. Vor dem Hintergrund sich verschärfender Wirtschafts- und Sozialprobleme ist für die Zukunft ausschlaggebend, ob sich eine gefestigte Oppositionsbewegung diese destruktive Dynamik im Inneren des Regimes wird zunutze machen können und die Öffentlichkeit aufrüttelt. Sie ist dabei vor das Problem gestellt, dass das Regime durch die Flucht in immer repressivere Herrschaftsmethoden zunehmend unberechenbar wird. Für kommende politische Auseinandersetzungen lässt solch politische Gemengelage eher eruptiven Aktionsismus als nüchternes Handeln erwarten.

Über den Autor:

Alexander Wolters ist Doktorand an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Europa Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und hat sich mehrere Monate zu Feldforschungen über die politische Lage in Kirgistan aufgehalten.

Lesetipps:

- Kyrgyzstan: A Deceptive Calm, International Crisis Group Asia Briefing No 79, 14. August 2008, <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5627&CFTID=57385158&CFTOKEN=16218706>
- Erica Marat, Criminalization of the Kyrgyz State before and after the Tulip Revolution, in: China and Eurasia Forum Quarterly 6(2008)2, S. 15–22 = http://www.lsdp.eu/files/publications/cefq/08/May_2008.pdf
- Maksat Kachkeev, Die Verfassungsentwicklung in Kirgistan nach der »Tulpenrevolution« von 2005, in: Osteuropa Recht 54(2008)1–2, S. 58–67
- Bruce Pannier, Kyrgyzstan: The Bittersweet Fruits Of The Revolution, 23.3.2008, = <http://www.rferl.org/content/Article/1079676.html>